

## **FRAGE**

---

**Die Lage in Griechenland spitzt sich dramatisch zu. Im Gegenzug für weitere Finanzhilfen soll das Land seine Sparanstrengungen beschleunigen. Führende griechische Politiker haben dagegen bereits ihren Widerstand angekündigt. Inzwischen wird offen über einen Staatsbankrott diskutiert. Wie schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit ein, dass Griechenland in den kommenden drei bzw. sechs Monaten zahlungsunfähig wird?**

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Entscheidend für eine Stabilisierung in Griechenland ist, dass das auf dem Euro-Gipfel im Juli vergangenen Jahres vereinbarte zweite Rettungspaket endlich in Kraft tritt. Dass die griechische Regierung den dafür notwendigen Konsolidierungs- und Reformwillen aufbringt, ist seit der parlamentarischen Einigung auf ein umfassendes Paket von Sparmaßnahmen wahrscheinlich geworden. In Verbindung mit einem baldigen Abschluss der Privatsektorbeteiligung dürfte sich die Schuldentragfähigkeit Griechenlands damit deutlich verbessern.

**Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang** Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Die EU ist eine europäische Schicksalsgemeinschaft, in der die Nationen zum Vorteil miteinander verbunden sind. Die Vorteile verteilen sich jedoch wie in jedem heterogenen Wirtschaftsraum (z.B. Deutschland, Italien) u.a. wegen der wirkenden Agglomerationseffekte ungleich. Hieraus resultiert die Verpflichtung für die "starken" Regionen via Transferzahlungen (wie der Finanzausgleich in Deutschland) die "schwachen" Regionen dafür zu entschädigen, dass sie permanent durch Abwanderung ihrer Leistungsträger die "starken" Regionen zusätzlich verstärken. Es ist darum im Europäischen Währungsraum nicht nur aus moralischen Gründen geboten, Länder wie Griechenland, durch dauerhafte Transfers zu stützen und damit vor einem Staatsbankrott zu bewahren. Wenn dies geschieht, dann ist auch ein Ausscheiden Griechenlands aus dem EWS unnötig. Geschieht es nicht, dann wird man eine langanhaltende Krise ernten (u.a. Spekulationswelle, Abwanderungswelle, soziale Unruhen), die in extremer Weise auf alle zurückschlagen würde.

**Prof. Dr. Klaus Röder** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Wenn es eine Pleite geben sollte, dann wenn die Anleihe im März fällig wird.

**Prof. Dr. Michael Braulke** Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Wenn die griechische Politik verantwortlich handelt, muss sie den Bankrott herbeiführen und zur Drachme zurückkehren. Das Rezept der Troika, die griechische Depression zu vertiefen, um so die "Löhne konkurrenzfähiger" zu machen, ist ein Desaster. Das führt nur zu einer Überschuldung des Mittelstands und damit dessen Auslöschung.

**Dr. Dirk H. Ehnts** Am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg:

Vor den Wahlen in Frankreich ist ein Bankrott politisch zu teuer für Merkozy. Danach kommt es auf die Lage in Griechenland an: Wie reagiert die Politik auf Massenarbeitslosigkeit, steigende Armut und mangelnde Perspektiven, wie reagieren die Menschen?



**Prof. Dr. Gerhard Untiedt** Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Trotz aller rhetorischen Ankündigungen wird zunächst alles getan, um Griechenland zahlungsfähig zu halten. Die europäische Politik braucht Zeit, um Vorkehrungen zu treffen, um die Wahrscheinlichkeit zu minimieren, dass ein Übergreifen auf anderen die Wackelkandidaten stattfindet. Können die Märkte überzeugt werden, dass Griechenland ein Sonderfall ist, muss das unreformierbare und reformunwillige Griechenland nicht mehr gestützt werden.

**Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser** Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Staat und Wirtschaft in Griechenland stecken in der Zwickmühle zwischen Sparzwang, um die Wettbewerbsfähigkeit wiederzugewinnen, und Verschärfung der Rezession durch restriktive Fiskalpolitik.

**Prof. Dr. Helmut Wagner** Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Spätestens nach den bevorstehenden Wahlen in Griechenland dürfte es dort zu Aufweichungen bzw. Abweichungen von den jetzt gemachten Zusagen kommen.

**Prof. Dr. Horst Schellhaaß** Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Sowohl die Grenzen der Geberländer als auch die Grenzen der Belastbarkeit des griechischen Volkes werden erreicht.

**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Signifikant ist, dass Griechenland letztes Jahr noch immer ein massives Leistungsbilanzdefizit hatte, obwohl dort nahezu keine Investitionen mehr stattfinden. Dies zeugt von einer sehr trägen Anpassung der Realwirtschaft.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Politische Lösungen über eine Vergemeinschaftung der Schulden werden die formale Zahlungsunfähigkeit abwenden.

**Prof. Thomas Gehrig, Ph.D.** Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Ökonomisch ist Griechenland schon längst pleite und es wird der Politik (und der Öffentlichkeit) zunehmend deutlich, dass die Kosten der Verschleppung für alle Beteiligten rasant im Steigen begriffen sind. Wurde früher im April 2010 über einen Schuldenerlass von 30% diskutiert, so war dieser Anfang 2011 bei 50% und ist mittlerweile auf 70% gestiegen.

**Prof. Dr. Thomas Gries** Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Ob Griechenland Zahlungsunfähig wird oder nicht wird politisch entschieden. Derzeit sprechen die Signale überwiegend dafür, dass die EU zahlt.



**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Man wird versuchen, noch mehr Zeit zu kaufen, um Schutzwälle um Italien und Spanien zu ziehen und dann erst Griechenland pleite gehen lassen.

**Prof. Dr. Lutz Arnold** Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Regensburg:

Man wird Griechenland retten.

**Prof. Dr. Martin Kocher** Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Letztlich ist das Kaffeesudleserei. Langfristig ist im Moment die Wahrscheinlichkeit größer, weil keine Trendumkehr in Sicht ist. Die konkreten Prozentzahlen sind aber reine Raterei.

**Prof. Dr. Michael Roos** Lehrstuhl für Makroökonomik, Ruhr-Universität Bochum:

Griechenland ist schon lange zahlungsunfähig. Langsam erkennen dies auch die europäischen Politiker, so dass ihre Bereitschaft schwindet, weitere Hilfskredite zu vergeben.

**Dr. Jörg Zeuner** Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Griechenland ist ohne fremde Hilfe zahlungsunfähig. Mit oder ohne Privatsektorbeteiligung gibt es eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass ein weiterer Zahlungsverzicht notwendig wird.

**Prof. Dr. Wolf Schäfer** Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Genau genommen ist Griechenland bereits zahlungsunfähig. Die aufgezeigten Wahrscheinlichkeiten beziehen sich deshalb auf den politischen Willen bzw. Unwillen der "Griechenlandretter" zu immer weiteren Finanztransfers an Griechenland.

**Prof. Dr. Karl Mosler** Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Es steht schon seit einigen Monaten fest, dass Griechenland auch nicht die Hälfte seiner Schulden zurückzahlen kann. Die griechischen Politiker sind nicht bereit und wohl auch nicht in der Lage, die notwendigen Reformen des Steuersystems und der sonstigen staatlichen Verwaltung durchzuführen.

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Es reicht nicht zu sparen. Griechenland hat kein Konzept für Wachstum und Beschäftigung.

**Prof. Dr. Carsten Hefeker** Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Es ist nicht zu erwarten, dass Griechenland die Auflagen erfüllen wird und deshalb wird auch kein neues Geld fließen.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Es gibt ein sehr starkes Interesse der Griechen und der EU-Politiker, Pleite zu vermeiden



**Prof. Dr. Bernd Genser** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Konstanz:

Es besteht eine erhebliche Unsicherheit durch die anstehenden Neuwahlen.

**Volker Hofmann** Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Ein Zahlungsausfall wäre mit sehr hohen Risiken verbunden (insb. Ansteckung für andere Euro-Staaten und Bankensystem) und könnte dazu führen, dass von Investoren die gesamte Währungsunion in Frage gestellt wird. Die Politik wird daher auch weitere "Schmerzschwellen" überschreiten, um einen Zahlungsausfall auf absehbare Zeit zu verhindern.

**Prof. Dr. Horst Löchel** German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Ein Staatsbankrott kann sich die Eurozone und Europa nicht erlauben, also wird er auch nicht stattfinden. Zudem ist der Finanzierungsbedarf Griechenlands überschaubar im Vergleich zu dem, was die Eurozone mobilisieren kann. Gefährlich wird es erst, wenn Italien oder Spanien in einen Überschuldungsstrudel geraten sollten.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Eigentlich ist Griechenland schon lange zahlungsunfähig, wird aber immer wieder mit neuen Krediten der anderen Euroländer herausgepaukt. Es besteht leider eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass es so weitergehen wird. Die Angst vor einem Zerfall des Euroraums ist zu groß.

**Prof. Dr. Fred Wagner** Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Die Unsicherheit über die weitgehend unabsehbaren Dominoeffekte einer Staatspleite in der Eurozone drängt die übrigen Euroländer bis auf weiteres dazu, alles Mögliche zu unternehmen, eine Zahlungsunfähigkeit Griechenlands zu verhindern.

**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Die Situation in Griechenland scheint kurz vor einer Entscheidung zu stehen. Ministerpräsident Papademos hat bereits einmal mit Rücktritt gedroht. Entweder setzt er sich bald durch oder seine Regierung ist am Ende. Der Konsolidierungskurs hat innerhalb Griechenlands allerdings offenbar wenig Unterstützer, Politiker und Öffentlichkeit empfinden die Sparmaßnahmen als von außen auferlegten Zwang. Das muss skeptisch stimmen.

**Norbert Braems** Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA :

Die Schuldenquote ist langfristig nicht tragfähig. Trotz Beteiligung des privaten Sektors steigt die Schuldenquote mittelfristig wieder an, weil die Defizite hoch bleiben und kein Wachstum in Sicht ist.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Die Politik wird erst einmal weiterhin versuchen, mit Notkrediten irgendwie weiter zu machen und sich der Einsicht verschließen, jedenfalls nach außen, dass Griechenland auf absehbare Zeit nicht sanierungsfähig ist. Es fehlt dort in der realen Wirtschaft an allem, insbesondere an einer Produktionsstruktur, die Wachstumsspielräume eröffnet, an produktiven und international



wettbewerbsfähigen Unternehmen und an einer funktionierenden Verwaltung. Dass nach den bevorstehenden Parlamentswahlen im April politisch stabile Verhältnisse im Land herrschen werden, ist unwahrscheinlich. Die wirtschaftliche Aktivität wird durch Unsicherheit über den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs der neuen Regierung belastet sein.

**Dr. Justina A.V. Fischer** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Die orientalische Ausgaben- und Korruptionskultur lässt einen Sparkurs westeuropäischer Prägung nicht zu.

**Prof. Dr. Michael Frenkel** Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Die Kosten wären größer als der Nutzen.

**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Die griechischen Eliten haben kein Interesse an der Lösung der Probleme - für sie lohnt sich die Krise.

**Prof. Dr. Siegfried Franke** Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Die Geduld auch der gutwilligsten Eurozonen-Mitgliedstaaten neigt sich erkennbar dem Ende zu.

**Prof. Dr. Thomas Huth** Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Die EU wendet den Zahlungsausfall mit hoher Wahrscheinlichkeit mit allen Kräften ab.

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Die deutsche Kanzlerin wird jeden Preis zahlen. Die Äußerungen eines Ministers, der eine Staatsinsolvenz für nicht mehr ganz ausgeschlossen hält, ist nicht ernst zu nehmen und dient der "Beruhigung" der Steuerzahler.

**Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Der politische Preis für eine Insolvenz ist zu hoch; außerdem fehlt es an einer Insolvenzordnung.

**Prof. Dr. Christoph M. Schmidt** Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Dazu lassen sich keine begründeten Wahrscheinlichkeiten angeben, höchstens Spekulationen.

**Prof. Dr. Ulrich Blum** Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Das Land kann sich nicht aus der Krise herauschumpfen. Die Politik müsste in erster Linie die Steuerbasis in Ordnung bringen und ausstehende Steuern eintreiben. Dann wäre sehr viel gewonnen. Man sollte griechische Finanzbeamte aus dem französischen Teil Kanadas einsetzen, die sind aus eigener Erfahrung sehr kompetent.



**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Braucht man dazu eine Begründung? Das einzige, was mich von 100% abhält, ist die Dummheit und Borniertheit der Bezahlpolitiker in Berlin und anderswo.

**Dr. Boris Augurzky** Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Auch wenn das Parlament die Sparmaßnahmen abgesegnet hat, steht ein großer Teil der Bevölkerung nicht dahinter. Sollten Sparzusagen nicht eingehalten werden, steht Griechenland vor der Insolvenz.

**Prof. Dr. Martin Leschke** Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Auch die Politiker werden demnächst realisieren, dass nur eine geordnete Insolvenz mit Euro-Austritt die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands wieder herstellen kann.

## **FRAGE**

---

**Führende Politiker in der Eurozone befürchten im Falle einer Pleite Griechenlands ein Übergreifen auf weitere Länder wie Portugal und Spanien. Wie schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit ein, dass ein Staatsbankrott Griechenlands auf andere Staaten der Süd-Peripherie übergreift? Der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, hat Anfang Februar im Falle einer Pleite Griechenlands eindringlich vor einem Auseinanderbrechen der Eurozone gewarnt. Wie sehen Sie die Wahrscheinlichkeit, dass ein Staatsbankrott Griechenlands die gesamte Euro-Zone bedrohen könnte?**

**Dr. Dirk H. Ehnts** Am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg:

Auch andere Länder werden ihre Schulden umstrukturieren wollen, um die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen sicherzustellen. Ein Bankrott der Griechen würde die restliche Euro-Zone wohl nicht bedrohen. Bisher wurde die faulen Kredite immer weitergeschoben und das wird auch dann funktionieren.

**Prof. Dr. Volker Nitsch** Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Auch wenn Ansteckungseffekte auftreten werden, sollten die Risiken beherrschbar sein. Die Situation in den anderen Ländern des Euro-Raums unterscheidet sich zum Teil deutlich von den Problemen Griechenlands.

**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Dass die Märkte mit dieser Eventualität nicht rechnen, erkennt man an der Eurokursentwicklung, die recht stabil verläuft. Griechenland ist eigentlich ein kleiner Fisch.

**Prof. Dr. Michael Roos** Lehrstuhl für Makroökonomik, Ruhr-Universität Bochum:

Der politische Wille, die Eurozone wenigstens mit ihren wichtigsten Ländern zusammenzuhalten, ist sehr groß. Vielleicht scheiden einzelne Länder aus, aber ein großer Kern wird erhalten bleiben. Für

dieses Kerneuropa sind die ökonomischen Voraussetzungen für eine gemeinsame Währung wahrscheinlich auch gegeben.

**Prof. Dr. Thomas Gries** Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Der Staatsbankrott trifft die Länder am härtesten, bei denen er stattfindet. Wenn er in Griechenland stattfindet, werden die anderen gefährdeten Länder dies auf keinen Fall erleben wollen und die für eine Unterstützung und damit Verhinderung des Bankrotts erforderlichen Maßnahmen umsetzen.

**Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Derzeit erwarte ich keinen Staatsbankrott; der politische Preis dafür ist aus einer politischen Perspektive zur Zukunft Europas einfach zu hoch.

**Prof. Dr. Oliver Landmann** Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Die Frage ist immer, was man unter "Auseinanderbrechen" versteht. Dass Griechenland, und wohl auch Portugal, durch den Zwang zur Eliminierung ihrer Leistungsbilanzdefizite eher früher als später den Notausgang aus der Währungsunion wählen werden, erscheint je länger, je weniger zu vermeiden. Für alle anderen dürfte der Kosten-Nutzen-Vergleich zugunsten des Euro ausfallen.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Gefahr für die anderen Euroländer liegt eher darin, so weiterzumachen wie bisher. Würde Griechenland ausscheiden, so wäre das ein Befreiungsschlag und gleichzeitig eine starke Warnung an die anderen Schuldnerländer. Das Vertrauen der Finanzmärkte in den Euroraum könnte damit sogar steigen.

**Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser** Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Die griechische Volkswirtschaft ist zu klein, um so viel Schaden anzurichten.

**Volker Hofmann** Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Die Lage in Portugal stimmt zurzeit nicht besonders zuversichtlich.

**Prof. Dr. Michael Frenkel** Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Die meisten Länder profitieren so offensichtlich, dass sie ein Auseinanderbrechen nicht zulassen würden.

**Prof. Dr. Martin Kocher** Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Die Relevanz von Griechenland für die Eurozone wird seit Jahren massiv überschätzt. Tatsächlich sind Spanien und Italien entscheidend, deren beider Verbleib in der Eurozone vor allem von ihnen selbst und nur in sehr geringem Ausmaß vom Schicksal Griechenlands abhängt.



**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die Spreads der Krisenstaaten werden durch eine Pleite Griechenlands unkalkulierbar hochschnellen.

**Dr. Justina A.V. Fischer** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Die strukturellen ökonomischen Probleme der anderen PIGS-Staaten sind eher mittelfristig überwindbar.

**Prof. Thomas Gehrig, Ph.D.** Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Die Wirtschaftskraft Italiens ist groß genug, das Schuldenproblem zu lösen. Italien ist etwa im Gegensatz zu Griechenland immer noch Nettoexporteur! Allerdings wäre es hilfreich, aus dem Bsp. Griechenlands zu lernen, dass die Hausaufgaben zuerst zuhause gelöst werden müssen, bevor die Gemeinschaft in Solidarhaft genommen wird. Selbst wenn sich die Eurozone (temporär) verkleinert, verbleibt immer noch ein wirtschaftlich starker (und nach einer Verkleinerung sogar gestärkter) Kern.

**Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer** Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Eher stimmt die Bundesregierung einer Verdopplung oder Verdreifachung der Rettungsschirme zu und eher kauft die EZB Staatsanleihen in noch viel größerem Umfang als bisher, als dass man eine Insolvenz von Spanien, Italien oder Frankreich oder ein Ausscheiden dieser Länder aus der Währungsunion zulassen würde. Auch ein Ausscheiden Deutschlands aus der Währungsunion wäre (für die Politik) keine akzeptable Lösung, weil die Niederlande, Belgien, Luxemburg und Österreich Deutschland wohl folgen würden, wie es bereits 1991/92 angedroht wurde, als Frankreich Deutschland drängte, das EWS zu verlassen. Diese Botschaft veranlasste Frankreich damals von seiner Forderung nach einem Austritt Deutschlands Abstand zu nehmen und so käme es vermutlich diesmal auch.

**Prof. Dr. Fred Wagner** Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Ein mögliches Auseinanderbrechen der Eurozone hängt nicht allein von Griechenland ab. Etwaige Dominoeffekte dürften zwar durchaus von Einfluss sein, entscheidender sind aber die künftige Haushaltsdisziplin der Euroländer und damit verbunden auch deren Wirtschaftskraft, ihren Schuldendiensten und übrigen Haushaltsverpflichtungen auf Dauer nachkommen zu können.

**Dr. Jörg Zeuner** Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Ein ungeordneter Zahlungsausfall Griechenlands ohne Finanzierungszusagen für die anderen Staaten könnte die Eurozone bedrohen. Vor allem Portugal hat Probleme, die Krise aus eigener Kraft zu überwinden. Bei entsprechenden Maßnahmen und derzeitigen Zinsen können Italien und Spanien es alleine schaffen.

**Prof. Dr. Thomas Huth** Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Eine Nordzone wird überleben.



**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik ,  
Universität Potsdam:

Eine sog Pleite (trotz großer staatlicher griechischer Vermögen) wird den Kern viel kosten. Die Reputation des Euros ist bereits stark geschädigt, wir reduzieren gezielt unsere Wettbewerbsfähigkeit (six-pack), in Frankreich gibt es einen Regimewechsel, es werden noch 2 bis 3 Länder austreten, der alte "DM-Block" bleibt in jedem Falle erhalten.

**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik,  
Georg-August-Universität Göttingen:

Es gibt ein Risiko der Ansteckung, wenn die Pleite nicht vorbereitet ist und zu schnell kommt.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales  
Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Es handelt sich um eine Staatskrise, nicht eine Eurokrise.

**Prof. Dr. Gerhard Untiedt** Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU  
Clausthal:

Es kommt auf den Zeitpunkt an.

**Prof. Dr. Klaus Röder** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen,  
Universität Regensburg:

Es wird wohl "nur" Portugal treffen.

**Prof. Dr. Mathias Erlei** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Gefahr besteht m.E. vorrangig bei Portugal. Dennoch kann Portugal durch geeignete Maßnahmen seine Glaubwürdigkeit sichern. Die Eurozone wird nicht durch den Bankrott von Griechenland gefährdet, sondern durch die immer stärker ansteigenden wechselseitigen Ansprüche, die die Nationen gegenüber anderen Nationen anmelden.

**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Griechenland ist ein Sonderfall. Kein anderes europäisches Land ist so von Korruption und Versagen der staatlichen Organe gekennzeichnet.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Griechenland ist nicht "systemrelevant", aber es gibt eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass irrationale Überreaktionen stattfinden.

**Prof. Dr. Carsten Hefeker** Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Griechenland ist zu unwichtig, um die Eurozone zu bedrohen. Zudem scheint es mir, als würden die meisten die Unterschiede zwischen Griechenland und anderen Ländern durchaus sehen.



**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Griechenland und die anderen Länder haben sich zuletzt erkennbar auseinander entwickelt, sowohl was Konditionen für eine Neuverschuldung an den Märkten betrifft als auch in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit eines Schuldenschnitts.

**Prof. Dr. Siegfried Franke** Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

In Bezug auf Portugal kann ich mir ein Übergreifen vorstellen; in Bezug auf die anderen Länder der südlichen Sphäre eher nein. Der Widerstand weiter Teile der griechischen Gesellschaft gegen weitere Sparprogramme mit der Folge, dass Griechenland evtl. seine Insolvenz erklären muss, wird die Anstrengungen, die immerhin verbleibenden 16 Eurozonen-Staaten stabil zu halten, eher verstärken.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

In Portugal und Spanien haben die neu gewählten Regierungen mit Entschlossenheit Maßnahmen zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung und zu grundlegenden strukturellen Reformen in der Wirtschaft, insbesondere am Arbeitsmarkt und im Finanzsektor, auf den Weg gebracht. Das unterscheidet diese Länder von Griechenland, neben der höheren eigenständigen Wirtschaftskraft. Es sollte helfen, nach und nach das Vertrauen der Marktteilnehmer zurückzugewinnen und Ansteckungsgefahren abzuwenden. Was Herrn Ackermann Sorge bereitet, sind die gewinnmindernden Abschreibungen bei griechischen Staatsanleihen, die der Deutschen Bank, wie anderen europäischen Gläubigerbanken auch, drohen, wenn ein Staatsbankrott dazu nötigt. Aber gleich mit apokalyptischen Visionen Ängste zu schüren, ist nicht angemessen. Für die Folgen eines offenbar unzureichenden Risikomanagements müssen die Banken (Manager, Aktionäre) schon selbst die Verantwortung übernehmen. Nicht ein eventueller Staatsbankrott gefährdet den Fortbestand der Euro-Zone, sondern das dauernde Hinausschieben eines geordneten Insolvenzverfahrens.

**Prof. Dr. Horst Löchel** German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Man kann darüber streiten, ob es richtig war, Griechenland in den Euro aufzunehmen; wahrscheinlich eher nicht. Da das Land nun aber mal Mitglied ist, würde eine Staatspleite Griechenlands bedeuten, dass die Währungsunion nicht in der Lage oder Willens ist, ihre Mitglieder glaubhaft zu verteidigen, was für die Finanzmärkte mit hoher Wahrscheinlichkeit das Angriffssignal für Spekulationswellen auf das Ende des Euro bedeuten würde. Wenn das kleine Griechenland nicht gerettet wird, wer will dann noch einen Euro auf Portugal oder Spanien wetten?

**Prof. Dr. Ulrich Blum** Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Man kann extrem polar argumentieren: Erst wenn einmal die Pleite durchexerziert wird, mit allen Problemen (so wird ein Großteil des Sozialstaats zusammenbrechen), dann wirkt das abschreckend genug, um Disziplin zu erzeugen.

**Norbert Braems** Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA :

Ob es zu einem Übergreifen auf andere Länder kommen wird, wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, die anderen Länder zu stabilisieren.



**Prof. Dr. Bernd Genser** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Konstanz:

Ökonomische Effekte eines Austritts oder der Zahlungsunfähigkeit Griechenlands gefährden die Eurozone nicht, Reaktionen der Politik können aber die Eurozone gefährden.

**Prof. Dr. Karl Mosler** Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Portugal ist eventuell gefährdet, doch gibt es genug objektive Unterschiede, die eine unterschiedliche Einschätzung durch die Märkte rechtfertigen.

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Portugal rückt in den Mittelpunkt, wenn über Griechenland Klarheit besteht. Die starken Länder sollten hingegen in der Lage sein, die Euro-Zone zu stabilisieren.

**Prof. Dr. Horst Schellhaab** Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Portugal und Italien können auch ohne eine Pleite Griechenlands ihre Verpflichtungen nicht mehr erfüllen. Die Mitglieder der Eurozone werden weniger, aber die Eurozone wird nicht auseinanderbrechen.

**Prof. Dr. Michael Braulke** Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Spanien steht relativ gut da, Portugal könnte es erwischen. Der Euro wird aber bleiben, wenn auch mit (längst überfälligen) schärferen Regeln gegen allzu fröhliches Schuldenmachen.

**Prof. Dr. Wolf Schäfer** Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Wenn Griechenland die Eurozone verlässt, wird diese eher gestärkt, weil das schwächste Mitglied nicht mehr dabei ist. Es könnten einige andere schwache Länder folgen, so dass die Euro-Zone schrumpft, vielleicht bis auf den dann "stärksten" Kern (Deutschland, Holland, Luxemburg, Finnland, Estland). Das ist dann in keiner Weise eine "Bedrohung der gesamten Euro-Zone", sondern vielmehr eine "Starkschrumpfung" zur Überlebensfähigkeit.

**Prof. Dr. Helmut Wagner** Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Wenn in den nächsten Monaten die "Firewall" um die anderen Krisenstaaten sichtbar gezogen wird und die EZB dabei tatkräftig mitspielt (was zu erwarten ist), dürfte dieses Risiko begrenzt, wenn auch nicht ausgeschlossen sein.

**Prof. Dr. Martin Leschke** Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Wenn man unter "Auseinanderbrechen" versteht, dass nicht nur Griechenland aus dem Euro austritt, sondern dazu mindestens ein weiterer Staat, so ist die Wahrscheinlichkeit über 50 %.

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Ein „Übergreifen“ auf andere Länder lässt sich als Ansteckung im Sinne erhöhter Risikoprämien, nicht als Eintritt weiterer Zahlungsunfähigkeiten interpretieren. Das Risiko, dass es im Falle eines Staatsbankrotts Griechenlands zu einer starken Verunsicherung auf den Finanzmärkten hinsichtlich der Schuldentragfähigkeit weiterer Länder des Euro-Raums kommt, ist erheblich. Wir halten es allerdings für wahrscheinlicher, dass die beachtlichen Reformanstrengungen der Schuldenländer



von den Anleiheinvestoren mittelfristig honoriert werden. Trotz einer nur moderaten wirtschaftlichen Entwicklung und konjunktureller Abwärtsrisiken dürften sich die Konsolidierungsmaßnahmen und Strukturreformen der Euro-Länder auch weiterhin in einer sinkenden staatlichen Neuverschuldung und einer steigenden preislichen Wettbewerbsfähigkeit (sinkenden Lohnstückkosten) niederschlagen.

**Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang** Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Ein Staatsbankrott würde zwangsläufig schon deshalb Transferzahlungen auslösen, weil es darum gehen würde, die Griechen in Griechenland zu halten. Dies würde den Staatsbankrott auch für andere Länder wie Portugal zu einer gangbaren Option machen. Ein Teufelskreis irrsinniger Maßnahmen dieser Art würde weiteren Irrsinn hervorrufen, indem der Ausstieg aus dem Euro für manche zur populistischen Option werden könnte.

## **FRAGE**

---

**Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie ist in den vergangenen Jahren im europäischen Vergleich deutlich gestiegen. Nun steht in der Metall- und Elektroindustrie eine neue Tarifrunde vor der Tür. Die IG Metall hat bereits einen Lohnzuschlag von 6,5 Prozent gefordert. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall mahnt dagegen zur Zurückhaltung. Sollten die Beschäftigten im laufenden Jahr am Aufschwung über Lohnerhöhungen grundsätzlich beteiligt werden und welchen Lohnzuwachs halten Sie im Spannungsfeld zwischen internationaler Wettbewerbsfähigkeit und adäquater Beteiligung der Beschäftigten am Aufschwung für angemessen?**

**Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang** Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Ein Inflationsausgleich und eine gewisser Zuschlag für Produktivitätszuwächse sind nicht nur gerecht, sondern beruhigen auch die Gemüter. Zudem steigen die Nominallöhne in den aufstrebenden Konkurrentenländern deutlich stärker als in Deutschland, sodass Wettbewerbsvorteile hierdurch nicht verloren gehen.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Die Lohnerhöhung sollte das niedrige Wirtschaftswachstum und die nur mäßige Inflation berücksichtigen. Angesichts der unkalkulierbaren Risiken der Staatsschuldenkrise verbietet sich ein kräftigerer Schluck aus der Pulle. Wir sollten froh sein, dass es am Arbeitsmarkt derzeit so gut läuft, das ist auch eine Folge der bisher moderaten Lohnpolitik. Warum also jetzt davon abweichen?

**Dr. Jörg Zeuner** Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Die Reallöhne sind im letzten Jahr nur schwach gestiegen. Sie sollten auch in diesem Jahr steigen. Höhere Löhne können die Binnennachfrage fördern. Das weltwirtschaftliche Umfeld spricht jedoch für ein geringeres BIP-Wachstum und höchstens dasselbe Gewinnwachstum in 2012 wie 2011. Zu hohe Lohnabschlüsse belasten dann die Investitionsgüternachfrage.

**Prof. Thomas Gehrig, Ph.D.** Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Das sind real immer noch weniger als 2%.

**Prof. Dr. Martin Eling** Institut für Versicherungswissenschaften, Universität Ulm:

Es sollte einen Inflationsausgleich geben.

**Prof. Dr. Siegfried Franke** Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Vergangenheitsbezogene gute Ertragslagen (2011) begründen ja nicht die Fortschreibung in die Zukunft. Hier scheint sich die Lage eher einzutrüben. Auch ist die Schrittmacherfunktion für Branchen, die weit weniger gut dastehen, mit zu bedenken.

**Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser** Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Die Lohnstückkosten dürfen auf keinen Fall außer Kontrolle geraten.

**Prof. Dr. Carsten Hefeker** Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Bei einer Inflation von über 2% ist eine geringe Reallohnsteigerung durchaus zu vertreten.

**Prof. Dr. Klaus Röder** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Dies wäre ein teilweiser Inflationsausgleich.

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Unsere Wettbewerbsfähigkeit basiert mehr auf Kreativität und Qualität als auf dem Preis. Der gesellschaftliche Konsens (Reallohnsicherung und Produktivitätsorientierung) sollte gewahrt werden. Der Anreiz für Fachkräfte nach Deutschland zu kommen steigt.

**Prof. Dr. Thomas Gries** Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

3-3,5% Nominallohnzuwachs ist am realen Produktivitätszuwachs orientiert. Wenn die Lohnerhöhungen deutlich darüber ausfallen, könnte in Deutschland angesichts des Erreichens der Kapazitätsgrenzen und der enormen Zentralbankgeldschöpfung ein nominaler inflatorischer Lohn-Preis-Erwartungsbildungsprozess in Gang gesetzt werden, der nur schwer wieder zurückgefahren werden kann. Dies wäre der Einstieg in den Inflationierungsprozess im „Norden“ der Eurozone. Wahrscheinlich ist dies sogar eine gewünschte Strategie, da er den erforderlichen Deflationierungsprozess des „Südens“ und damit die notwendigen realen "Terms of Trade"-Anpassungen zwischen dem „Norden“ und „Süden“ der Eurozone für den „Süden“ erleichtern würde. Allerdings bedeutet Inflationierung immer Besteuerung des Nominalersparnis, Geld, Staatspapiere, etc. Diese werden überwiegend von einkommensschwächeren Gruppen gehalten. Wenn dies die Lösung des realen Anpassungsproblems in der Eurozone werden soll, geht sie zu Lasten der kleinen Sparer. Vielleicht ist es aber auch die in der Öffentlichkeit am wenigsten schmerzlich wahrgenommene Strategie, um die realen Terms of Trade wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

**Prof. Dr. Michael Braulke** Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Man kann nicht immer mit Hinweis auf die letzte oder die nächste Schwächephase nur den Inflationsausgleich anbieten.



**Prof. Dr. Roland Vaubel** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Politische Ökonomie, Universität Mannheim:

Die Arbeitslosenquote liegt über 5 Prozent, daher sollte der Lohnanstieg begrenzt werden.

**Prof. Dr. Thomas Huth** Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Der Trend zum Niedriglohnland ist mittelfristig nachteilig und muss gebrochen werden.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Inflation und Produktivitätszuwachs liegen klar über 2 %.

**Prof. Dr. Bernd Genser** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Konstanz:

Produktivitätszuwachs soll abgegolten werden, eine Stärkung der Binnennachfrage (einschließlich Importnachfrage) kann stabilisierend wirken.

**Prof. Dr. Karl Mosler** Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Eine maßvolle Steigerung des Reallohns ist fällig.

**Prof. Dr. Horst Schellhaaß** Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Hohe Lohnzuwächse vermindern zwar die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, aber sie verringern gleichzeitig auch die Spannungen innerhalb der Eurozone.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Es ist darauf zu achten, dass Lohnentwicklung und Produktivitätsentwicklung im Einklang stehen, auf dass die Lohnstückkosten möglichst nicht oder nur wenig steigen. An der Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sollten deren Beschäftigte ein großes Interesse haben. Ggf. könnten die Effektivverdienste stärker ansteigen als die tarifvertraglich vereinbarten. Der IG Metall gefällt die Lohndrift nicht. Aber auf diese Weise können Unterschiede in den Absatzbedingungen bei den einzelnen Unternehmen adäquat berücksichtigt werden.

**Dr. Justina A.V. Fischer** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Es sollte zumindest ein Inflationsausgleich stattfinden.

**Prof. Dr. Walter Krämer** Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialstatistik, Universität Dortmund:

Es muss nach Abzug der Inflation real etwas übrig bleiben

**Prof. Dr. Martin Leschke** Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Die Nettolöhne sind in den letzten zehn Jahren eher rückläufig gewesen. Die Produktivität der deutschen Industrie kann (differenzierte) Lohnzuwächse von über 3 % verkraften.

**Prof. Dr. Mathias Erlei** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Dieser Prozentsatz soll einen Inflationsausgleich mit geringfügigem Aufschlag darstellen.



**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Inflationsbereinigt entspricht dies der Produktivitätssteigerung.

**Prof. Dr. Michael Roos** Lehrstuhl für Makroökonomik, Ruhr-Universität Bochum:

Inflationsausgleich + Produktivitätssteigerung + Verteilungskomponente. Das Reallohnwachstum war in den vergangenen Jahren sehr niedrig. Daher ist eine moderate Reallohnerhöhung auch zur Steigerung des privaten Konsums angemessen.

**Dr. Boris Augurzky** Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Moderate Erhöhungen sind sinnvoll. Starke Erhöhungen könnten die Wettbewerbsfähigkeit indessen reduzieren. Wenn es tatsächlich Fachkräftemangel gibt, wird es ohnehin am Arbeitsmarkt auch ohne Tarifverhandlungen zu Lohnerhöhungen noch kommen.

**Prof. Dr. Christoph M. Schmidt** Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Lohnzuwächse sollten nicht prozyklisch ausgerichtet sein, sondern sich an der langfristigen Veränderung der Produktivität und am Preisanstieg orientieren.

**Dr. Manfred Schweren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Deutschland sollte weiterhin seine Führungsrolle bei den Lohnstückkosten bewahren, trotzdem aber für stabile Reallöhne sorgen.

**Prof. Dr. Martin Kocher** Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Wie immer sollten bei den Lohnverhandlungen in etwa die Inflation und das Produktivitätswachstum abgegolten werden.

**PD Dr. Jochen Kurt Hartwig** Leiter der Sektion Internationale Konjunktur, Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich:

Die Lohnquote befindet sich nahe an ihrem gesamtdeutschen Tiefpunkt und hat Luft nach oben.

**Prof. Dr. Ulrich Blum** Präsident, Institut für Wirtschaftsforschung Halle:

Lieber Maßhalten und einen fixen Nachschlag später geben.

**Prof. Dr. Kai Carstensen** Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung :

Das ist je nach Branche und Qualifikationsmuster sehr unterschiedlich.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Ein Inflationsausgleich sowie eine Beteiligung am vergangenen Produktivitätswachstum sind volkswirtschaftlich tragfähig.



**Prof. Stephan Klasen, Ph.D.** Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Eine Lohnerhöhung ist erforderlich, um Reallohneinbußen der letzten Jahre aufzuwiegen und Beteiligung am Produktivitätszuwachs zu erwirken.

**Prof. Dr. Horst Löchel** German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie ist stark genug ausgeprägt auch wegen der stabilen Wechselkurse im Euroraum, dass Lohnerhöhungen oberhalb der Produktivitätsentwicklung in diesem Jahr möglich sein sollten ohne negative Effekte auf die Beschäftigung. Das hilft auch, die inländische Konsumnachfrage weiter zu stabilisieren, was einerseits einen Abbau der Leistungsbilanzüberschüsse erlaubt und andererseits das inländische Wachstum stimuliert.

**Prof. Dr. Helmut Wagner** Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Ein solcher "Nachschlag" würde voraussichtlich die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf dem Weltmarkt nicht allzu sehr beeinträchtigen, würde aber andererseits sozialem Unmut in der Arbeitnehmerschaft hinreichend entgegenreten.

**Dr. Dirk H. Ehnts** Am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg:

Höhere Löhne sind für die Binnennachfrage unverzichtbar und wären ein positives Zeichen für die deutsche und europäische Konjunktur. Dies würde auch zurück in Richtung außenwirtschaftliches Gleichgewicht führen.

**Volker Hofmann** Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Lohnabschlüsse sollten durch ertragsabhängige Lohnbestandteile weiter flexibilisiert werden.

**Prof. Dr. Wolfgang Gerke** Präsident, Bayerisches Finanz Zentrum:

Insbesondere im europäischen Vergleich erlebt Deutschland einen Rückstau an gut finanzierbaren Lohnerhöhungen.

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Angesichts der nicht mehr so dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland kann mit einem Produktivitätszuwachs von allenfalls 1% kalkuliert werden. Zusammen mit einer im Einklang mit der Preisnorm der EZB stehenden Teuerungsrate von 1,5 bis 2%, ergibt sich ein Verteilungsspielraum von 2,5% bis allenfalls 3%. Dabei ist die Situation von Branche zu Branche aber unterschiedlich zu beurteilen.

## **FRAGE**

---

**Mit Blick auf die Schuldenbremse und die nötige Neuregelung des Länderfinanzausgleichs hat der bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil analog zum geplanten EU-Fiskalpakt dafür plädiert, dass Bundesländer, die künftig zu viele Schulden machen, Zuschläge auf ihre Einkommen- und**

**Körperschaftsteuer erheben. Halten Sie einen solchen "Schulden-Soli" für den richtigen Weg, um der Schuldenbremse die nötige Durchschlagskraft zu verleihen und die Länder nachhaltig zur Haushaltskonsolidierung zu veranlassen?**

**Prof. Dr. Michael Heise** Chefvolkswirt und Leiter, Allianz Economic Research & Development:

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen sollte grundsätzlich über Einsparungen auf der Ausgabenseite und nicht der Einnahmenseite erfolgen. Effizienzreserven im öffentlichen Dienst dürften insbesondere auf Länder- und Gemeindeebene gegeben sein. Eine „Bestrafung“ der dort ansässigen Bürger und Unternehmen wäre ein Fehlanreiz und könnte die Finanzlage der Länder mittelfristig sogar schwächen.

**Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang** Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

In einer Transferunion wie Deutschland wäre eine solche Politik unsinnig, denn höhere Steuern würden die Wirtschaftskraft der Empfängerländer schwächen und die Transfernotwendigkeit sogar erhöhen.

**Prof. Dr. Frank Bulthaupt** Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die erhöhten direkten Steuern eines Bundeslandes werden lediglich Aktivitäten zur Steuervermeidung anregen.

**Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser** Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

Schuldenmacher werden so mit einer "Abstimmung mit den Füßen" konfrontiert, weil die Zuschläge gerade die fähigsten Unternehmen und Arbeitnehmer vertreiben werden.

**Prof. Dr. Günter Franke** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre insbesondere Internationales Finanzmanagement, Universität Konstanz:

Lieber Neuverschuldung begrenzen, keinen Steuerwettbewerb entfachen.

**Dr. Dirk H. Ehnts** Am Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg:

Er sollte "zu viele Schulden" definieren. Staatsverschuldung ist keine Seifenoper, sondern ein wirtschaftspolitisches Instrument. Und selbst wenn es keines wäre: Sollten dann nicht auch hoch oder überschuldete Unternehmen (wie etwa Banken) dann höhere Steuern bezahlen?

**Prof. Dr. Karl Mosler** Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, Universität Köln:

Das würde die unterschiedliche Leistungskraft der Länder nur verstärken.

**PD Dr. Friedrich Heinemann** Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Landesregierungen müssen endlich auf der Steuerseite Verantwortung für ihre Ausgaben übernehmen. Schulden müssen den Landespolitikern und ihren Wählern spürbare Schmerzen bereiten - das funktioniert nur über obligatorische Steuererhöhungen bei übermäßiger Verschuldung.



**Prof. Thomas Gehrig, Ph.D.** Leiter des Instituts für Finanzwirtschaft, Universität Wien:

Die Regel differenziert nicht zwischen (ökonomischen) Investitionen und (ökonomischem) Konsum. Schulden zur Finanzierung echter Investitionen (auch in Bildung) können künftig zurückgezahlt werden, "Konsum auf Pump" in der aber Regel nicht. Wichtig ist allerdings die Unterscheidung zwischen ökonomischen Investitionen und solchen, die rein formal-juristisch als solche klassifiziert werden (dies aber nach common sense nicht sind).

**Prof. Dr. Siegfried Franke** Abteilung theoretische Volkswirtschaftslehre, Universität Stuttgart:

Der deutsche Länderfinanzausgleich hat schon immer die distributiven Aspekte in den Vordergrund gestellt, während allokativen Anreize vernachlässigt wurden. Das ist dringend zu ändern - übrigens auch in Bezug auf eine zu erwartende Transferunion in der EU.

**Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Der Vorschlag ist diskussionswürdig, schließlich haben wir mit Berlin, dem Saarland und Bremen "Griechenland im Kleinen".

**Prof. Dr. Gerhard Untiedt** Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Die Länder sollen ihre Ausgaben prüfen und reduzieren und nicht der Bevölkerung in die Tasche greifen. Ein typischer Politikerreflex.

**Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer** Lehrstuhl für Allgemeine und Außenwirtschaftstheorie, Johannes-Gutenberg-Universität:

Es ist dies ein Weg, die teilweise verloren gegangene Bindung regionaler Ausgaben an ihre Finanzierung in der gleichen Region und die diesbezügliche politische Verantwortung wieder herzustellen.

**Prof. Dr. Bruno Schönfelder** Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Eine derartige Landes- und Einkommensteuer wäre ein wichtiger Schritt in eine Wiederbelebung des Föderalismus und zur Selbstverantwortung der Länder.

**Prof. Dr. Klaus Röder** Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Es muss einen Anreiz zur Konsolidierung geben.

**Prof. Dr. Ulrich van Suntum** Lehrstuhl am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Ein sehr kluger Vorschlag, denn dann würden sich endlich auch die Bürger für die verantwortungslose Schuldenpolitik ihrer Bundesländer interessieren. In der Schweiz hat man mit ähnlichen Regelungen beste Erfahrungen gemacht.



**Prof. Dr. Xenia Matschke** Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftspolitik ,  
Universität Trier:

Hier ist die Gefahr viel zu groß, dass die Länder es dann darauf ankommen lassen und diese Zuschläge tatsächlich erheben, um kurzfristig das Steuereinkommen zu erhöhen. Wenn dann die mobileren Haushalte und Firmen die Flucht aus dem betroffenen Bundesland ergreifen und mögliche Zuzügler durch die höheren Steuern abgeschreckt werden, sitzen die betroffenen Länder erst recht in der Schuldenfalle.

**Dr. Jörg Zeuner** Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Grundsätzlich ist eine dezentrale Steuerpolitik sinnvoll. Allerdings sollte die Verantwortung für Einnahmen und Ausgaben auf derselben Stufe geregelt sein, um Defizite nachhaltig zu reduzieren. Jede Maßnahme sollte derzeit daraufhin geprüft werden, ob sie die Konjunktur zu stark belastet.

**Prof. Dr. Michael Braulke** Lehrstuhl für VWL-Außenwirtschaft, Universität Osnabrück:

Der Aufstand der Steuerzahler wird die Politiker dann vorsichtiger machen.

**Prof. Dr. Martin Werding** Lehrstuhl für Sozialpolitik, Ruhr-Universität Bochum:

Solche Zuschläge auf die Steuern sind eine der wenigen glaubwürdigen "Sanktionen", die die Finanzpolitiker gegenüber ihren Wählern ernsthaft zu spüren bekommen.

**Prof. Dr. Mathias Erlei** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, TU Clausthal:

Ein solcher Soli wäre derart unpopulär, dass sich die Landesregierungen sehr dafür einsetzen würden, den Eintrittsfall zu verhindern.

**Prof. Dr. Martin Leschke** Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Die Bürger erkennen auf diese Weise, dass eine Ausgabenerhöhung etwas kostet, nämlich sofort eine höhere Besteuerung nach sich zieht. Zugleich erhöht sich der Druck auf die Landesregierungen, gewissenhaft alle Ausgaben zu prüfen.

**Prof. Dr. Carsten Hefeker** Professur für Europäische Wirtschaftspolitik, Universität Siegen:

Die Ländern sollten lieber lernen, die Schuldenbremse einzuhalten.

**Prof. Dr. Horst Schellhaaß** Direktor des Instituts für Rundfunkökonomie, Universität Köln:

Schuldenmachen soll politische Unterstützung durch die Wähler kosten.

**Prof. Dr. Horst Löchel** German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sollte auf der Ausgaben-, nicht der Einnahmenseite stattfinden.

**Prof. Dr. Martin Kocher** Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle  
Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Das erscheint mir zu kompliziert. Mittel- bis langfristig sollte aber die Finanzierung von Bund und Ländern stärker getrennt werden, um klare Verantwortungszuweisung zu ermöglichen. Ökonomen

sprechen von fiskalischer Äquivalenz: Einnahmen-, Ausgaben- und Entscheidungsverantwortung sollten auf jeder föderalen Ebene möglichst weitgehend zusammenfallen. Ausgleichszahlungen/Querfinanzierungen sollten nur zum Ausgleich unterschiedlicher (unfairer) Rahmenbedingungen verwendet werden.

**Prof. Dr. Christoph M. Schmidt** Präsident, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI):

Allen Ländern sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, Zuschläge auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer zu erheben. Im Zuge der Umstellung der Steuerverteilung im föderalen System sollte aber die Gesamtbelastung für die Bürger und Unternehmen nicht steigen, und das System sollte mit weniger umverteilenden Elementen – vor allem auch im Länderfinanzausgleich – auskommen. Die Länder, die mit ihren Einnahmen nicht hinkommen, müssen zukünftig diese Zuschläge erhöhen – oder eben ihre Ausgaben senken, was der besseren Weg wäre.

**Prof. Dr. Andreas Freytag** Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:  
Die Anreizstruktur in den Länderregierungen muss wieder richtig gesetzt werden.

**Volker Hofmann** Direktor Volkswirtschaft, EU-Politik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Überlegenswert aber wohl sehr unrealistisch. Ein Zuschlag auf Einkommen- und Körperschaftsteuer wäre zudem nur ein einzelnes Puzzelteil. Der Länderfinanzausgleich muss aber grundlegend überarbeitet werden.

**Prof. Dr. Kai Carstensen** Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen, ifo Institut für Wirtschaftsforschung :

Grundsätzlich ist es sinnvoll, dass die Länder mehr Instrumente zur Steuerung ihrer Einnahmen an die Hand bekommen.

**Prof. Dr. Wolfgang Gerke** Präsident, Bayerisches Finanz Zentrum:  
Marktkonditionen zwingen die Länder zu effizienterem Handeln.

**Prof. Dr. Wolf Schäfer** Ehemaliger Inhaber des Lehrstuhls für Theoretische Volkswirtschaft, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg:

Es muss der Länderfinanzausgleich grundsätzlich neu geregelt werden, und zwar in Richtung auf erhöhte Anreizkompatibilität für Zahler- und Empfängerländer. Die Richtung heißt dann: erheblich weniger Umverteilung.

**Prof. Dr. Juergen B. Donges** Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln:

Die Länder sind dabei, Vorkehrungen zu treffen, um die ihnen auferlegte Null-Verschuldungsgrenze (beim strukturellen Defizit) ab 2020 in die jeweilige Landesverfassung zu verankern. Dieser Prozess ist natürlich noch nicht abgeschlossen, er sollte jetzt aber nicht unnötig durch bayerisches Störfeuer behindert werden. Im Übrigen haben wir das Instrument der Haushaltsnotlage, das ggf. disziplinierende Signale ausstrahlt.



**Dr. Manfred Schveren** Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Das würde den Standortwettbewerb verzerren und Ungleichgewichte innerhalb Deutschland verstärken.

**Dr. Boris Augurzky** Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Wichtig ist, dass die Bundesländer volle Eigenverantwortung haben. Sie sollten ihre Ausgaben nicht auf Kosten anderer Länder finanzieren.

**Prof. Dr. Bernd Genser** Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Universität Konstanz:

Fiskalische Einnahmenverantwortung der Länder durch Zuschlagsrecht ist grundsätzlich eine begrüßenswerte Reforminitiative für den deutschen Föderalismus.

**Prof. Dr. Michael Frenkel** Lehrstuhl für Makroökonomik, WHU – Otto Beisheim School of Management:

Ich nehme an, dass hiervon eine starke Anreizwirkung auf Einhaltung von Schuldenobergrenzen ausgeht.

**Dr. Justina A.V. Fischer** Lehrstuhl für Finanzwissenschaft, Universität Hamburg:

Mittelfristig führt eine solche Politik zu einer Abwanderung von Unternehmen und Haushalte in andere Bundesländer.

**Prof. Dr. Thomas Gries** Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Auch in Deutschland sollten solche Anreize gesetzt werden.

**Prof. Dr. Thomas Huth** Institut für VWL, Universität Lüneburg:

Eine Einführung ist sinnvoll, aber nur nach einer Karenzzeit.

**Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann** Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Was sind "zu viele Schulden" (wie ist es justiziabel zu definieren)? Warum sollte der Steuerzahler noch mehr unter dem Politikversagen leiden! In dem Falle ist das Parlament per Gesetz zur Selbstauflösung nach zwei Monaten zu bringen mit Neuwahlen. Die Schuldenbremse bedarf eines direkten Sanktionsmechanismus und des Verbotes von Garantien und Bürgschaften (also von außerbilanziellen Verschuldungsmöglichkeiten). Jeder Vater warnt seine Kinder vor Bürgschaften und Garantien ("den Bürgen würgen"). Das gilt auch bei nachhaltig illiquiden Staaten und Ländern.

**Prof. Dr. Helmut Wagner** Lehrstuhl für Makroökonomik, Fern-Universität Hagen:

Es gibt andere Anreizmechanismen, die wirksamer wären.